

ANTRAGSHEFT II

Unterlagen für die 4. Tagung des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Landesverband Brandenburg 12.07.2009, Potsdam

Inhalt:

Überarbeiteter Entwurf Tagesordnung und Zeitplan	2
Übersicht aller Änderungsanträge zum Wahlprogramm, Stand 4. Juli 09	3
Übersicht aller Änderungsanträge, deren Übernahme der Landesvorstand empfiehlt oder die sich durch Neuformulierungen erledigt haben	29
Zurückgezogene Anträge	30
Übersicht aller noch offenen Anträge zum Wahlprogramm	30
Weitere Anträge: Initiativantrag der Landesvorstandes und der Spitzenkandidatinnen Kerstin Kaiser und Dagmar Enkelmann „Wahlaufruf“	32

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

Überarbeiteter Entwurf Tagesordnung und Zeitplan

12.07.2009

- 10.00 Uhr Eröffnung der Tagung
10.15 Uhr Rede der Spitzenkandidatin für die Landtagswahl Kerstin Kaiser
10.40 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
10.45 Uhr Generaldebatte und Diskussion zum Landtagswahlprogramm
- Generaldebatte und zur Präambel mit anschließender Antragsbehandlung zur Präambel
 - Debatte zu Kapitel 1 mit anschließender Antragsbehandlung zu Kapitel 1
- 13.15 Uhr Mittagspause
13.45 Uhr Fortsetzung der Generaldebatte und Diskussion zum Landtagswahlprogramm
- Debatte zu Kapitel 2 mit anschließender Antragsbehandlung zu Kapitel 2
 - Debatte zu Kapitel 3 mit anschließender Antragsbehandlung zu Kapitel 3
 - Debatte zu Kapitel 4 mit anschließender Antragsbehandlung zu Kapitel 4
 - Debatte zu Kapitel 5 mit anschließender Antragsbehandlung zu Kapitel 5
- 17.25 Uhr Beschlussfassung des Landtagswahlprogramms - Endabstimmung
17.30 Uhr Behandlung weiterer Anträge
17.50Uhr Schlusswort des Landesvorsitzenden

Übersicht aller Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Antrag 1

Empfehlung LV: Übernahme
Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicher: Arbeitsgemeinschaft Ethnische Minderheiten

Zeile 1004 – 1043 durch folgenden Text ersetzen:

Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend

Eine weltoffene Gesellschaft braucht mündige, selbst bestimmte und handlungsfähige Bürgerinnen und Bürger. Die bisherigen Angebote seitens der Schule reichen dafür nicht aus. Deshalb werden wir uns für die Stärkung der politischen Bildung in allen Schulstufen und Schulformen einsetzen.

Kooperierende Einrichtungen für dieses Anliegen, wie Fach- und Gedenkstättenverbände, die [Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen](#), [Jugendarbeit und Schule](#) und das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg sollen dafür gestärkt werden. Die Voraussetzungen für **interkulturelle Bildung** zu verbessern, ist uns nach der Verabschiedung des "UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" ein besonderes Anliegen.

Brandenburg braucht eine **europäische Werte- und Kulturerziehung**, die europäische Identität stärkt und Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit fördert. Wir unterstützen die „Potsdamer Bürgererklärung“ (2008). Europapolitischen Bildungsangeboten in allen Schulen und Kindertagesstätten kommt eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen nicht nur einen, sondern viele „Europa-Projekt-Tage“ an unseren Schulen. Europäische Kultur und Geschichte, vor allem die unseres

Nachbarlandes Polen, und umfassende Kenntnisse über Entstehung, Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union müssen zum Grundwissen aller gehören, die eine Schule in Brandenburg verlassen. [Die Lehreraus- und -weiterbildung hat dafür Voraussetzungen zu schaffen](#). Durch die Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zum Ausbau der Mehrsprachigkeit – wie von Europarat und EU angeregt – könnten die Brandenburger nur gewinnen: Andere Kulturen wären als Bereicherung für das eigene Leben erfahrbar, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt im In- und Ausland würden wachsen, die Fähigkeit entwickelt werden, den politischen Dialog [in Europa](#) durch mehrsprachige Kommunikation aktiv mitgestalten zu können.

DIE LINKE will [mit einem](#) Konzept zur **Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache** den längst überfälligen Beitrag [Brandenburgs](#) zur Umsetzung der europäischen Minderheitenabkommen leisten. Das Niedersorbische (Wendische) gehört zu den am meisten bedrohten Sprachen – [Europarat und UNESCO haben](#) Brandenburg deshalb scharf kritisiert. [Zu einem](#) solchen Konzept [gehören](#) die Fortführung des bilingualen „Witaj-Projekts“ in der Sekundarstufe I und II und die Erweiterung des Netzes von sorbischen (wendischen) Kindertagesstätten im angestammten Siedlungsgebiet, vor allem aber die Qualität der sprachlichen Bildung zu sichern. Der [Profilierung](#) des

A 1.1

Gelöscht: AAR

A 1.2

Gelöscht: Forderung in der

A 1.3

Gelöscht: die

Gelöscht: die

Gelöscht: die

Gelöscht: ie Lehrerbildung hat dafür Voraussetzungen zu schaffen. Besonders d

A 1.4

Gelöscht: europäischen

Gelöscht:

Gelöscht: auf den Weg bringen und damit Brandenburg im Land

A 1.5

Gelöscht: der

Gelöscht: hat

Gelöscht: 2008

A 1.6

Gelöscht: Auf der Grundlage eines

Gelöscht: s

Gelöscht: sind

Gelöscht: ie

Gelöscht: weiteren

Niedersorbischen Gymnasiums Cottbus als einziger zum Abitur führender sorbischer (wendischen) Schule muss, die besondere Aufmerksamkeit gehören. Seine vorrangige Aufgabe muss die Bewahrung niedersorbischen Sprache sein! Damit die Vermittlung der Sprache auf hohen fachlichen Niveau im Zentrum der Arbeit der Schule liegen kann, bedarf es geänderter Rahmenbedingungen: Verzicht auf jegliche Versetzungen von sorbischen Lehrern in rein deutsche Schule, Vorkenntnisse der sorbischen Sprache und Kultur als Einstellungsbedingung für neu an die Schule kommende Lehrkräfte, Darüber hinaus hat das Land, die Aus- und Weiterbildungskapazitäten für Lehrer, die Niedersorbisch (Wendisch) im Sprach- wie im Fachunterricht vermitteln, zu erweitern und zu sichern, dass mehr und bessere Lehr- und Lernmaterialien in der Minderheitensprache erarbeitet werden.

A 1.7
A 1.8

Gelöscht: gilt

Gelöscht: Erweiterung der die Voraussetzungen zu schaffen: durch n wesentliche dafür die hat vor allem das Land, sondern Kommunenie Stiftung für das sorbische Volk und dicht nur die N

Gelöscht: Niveau sprachlichen auf hohem

Gelöscht: die und

Gelöscht: Erarbeitung

Gelöscht: rsorbischsprachige

Gelöscht: Das Engagement der Sorben (Wenden) zum Erhalt ihrer Sprache bedarf dauerhaft der Unterstützung durch das Land. ¶ Zwischen Schule und Erwerbsleben liegen Berufsausbildung bzw. Studium

Begründung:

Der vorliegende Änderungsantrag ist Ergebnis der Beratung der (Bundes)Arbeitsgemeinschaft Ethnische Minderheiten am 18. Mai 2009. Die Mitglieder der AG sind der Auffassung, dass insbesondere die Verantwortung des Niedersorbischen Gymnasiums für die Bewahrung der vom Aussterben niedersorbischen (wendischen) Sprache präzisiert werden muss und dafür unabdingbare Voraussetzungen konkret benannt werden müssen (keine Versetzungen der ohnehin schon wenigen sorbischen (wendischen) Lehrerinnen und Lehrer, Kenntnisse der Sprache und Kultur der Sorben als Grundvoraussetzung für eine Arbeit an der Schule etc.) Es wird zudem vorgeschlagen den Satz „Zwischen Schule und Erwerbsleben liegen Berufsausbildung bzw. Studium“ am Ende des Absatzes ersatzlos zu streichen - er hatte seine Berechtigung, als dem „Schulteil“ der „Berufsbildungsteil“ folgte. Diese Begründung ist aber bereits mit der Neugliederung des Wahlprogramms, die dem Parteitag vorlag, weggefallen. Zudem sollte die Bezeichnung „RAA“, die vielleicht doch nicht jedem/jeder in Brandenburg ein Begriff ist, durch die vollständige Bezeichnung ersetzt werden.

Antrag 2	Empfehlung LV: Übernahme
Empfehlung Redaktionskommission:	

Einreicher: Arbeitsgemeinschaft Ethnische Minderheiten

Zeile 1116 - 1117 durch folgenden Text ersetzen:

Die in Brandenburg lebenden Sinti und Roma sind entsprechend den europäischen Minderheitenabkommen angemessen zu fördern. Gleiches gilt für das vor allem im Norden Brandenburgs gesprochene Niederdeutsch.

Begründung:

AG Ethnische Minderheiten schlägt vor, in das Wahlprogramm eine Aussage zur einzigen in Brandenburg gesprochenen Regionalsprache aufzunehmen, zu der es seit Jahren - auch öffentlich eingeforderten - Handlungsbedarf gibt, ohne dass die Landesregierung reagiert hätte.

Einreicher: Arbeitsgemeinschaft Ethnische Minderheiten

Zeile 1782 - 1802 durch folgenden Text ersetzen:

Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken

Wir bekennen uns zum Verfassungsauftrag, das Recht des sorbischen (wendischen) Volkes auf Schutz, Erhaltung und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten Siedlungsgebietes durch das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände zu gewährleisten. Auf diese staatliche bzw. kommunale Unterstützung haben die Sorben (Wenden) einen Anspruch. Es muss Schluss damit sein, dass ihre Vertreter diesen Anspruch immer wieder aus einer Bittstellerrolle heraus einfordern müssen. Wir werden uns deshalb für ein novelliertes Sorben (Wenden)-Gesetz einsetzen, das die Kultur- und Bildungsautonomie des sorbischen Volkes stärkt. Die Rechte des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten beim Landtag, müssen erweitert werden. Ein Rederecht für den Rat, gehört ebenso in das Gesetz wie verbriefte Anhörungsrechte für den Fall, dass Regierung durch Gesetze, Rechtsverordnung oder vertragliche Vereinbarungen Fragen regeln will, die das sorbische (wendische) Volk unmittelbar berühren. Personalentscheidungen an sorbischen (wendischen) Bildungseinrichtungen sollten künftig nur im Einvernehmen mit dem Rat getroffen werden. Die unwürdigen öffentlichen Diskussionen über die Höhe der finanziellen Ausstattung der Stiftung für das sorbische Volk müssen der Vergangenheit angehören – die Bundesrepublik sowie die Länder Brandenburg und Sachsen stehen gerade wegen des staatlichen Unrechts, das Sorben (Wenden) über Jahrhunderte in Deutschland erleiden mussten, in einer besonderen Verantwortung.

A 3.1

Gelöscht: r demokratisch legitimierten Gremien des sorbischen Volkes gegenüber sorbischen Bildungseinrichtungen

Gelöscht: Das

Gelöscht: des Sorben (Wenden)-Rates im Landtag

Gelöscht: die Landesr

Gelöscht: E

Gelöscht: nicht mehr ohne Anhörung der gewählten Gremien der Minderheit

A 3.2

Gelöscht: der vergangenen Jahre

A 3.3

Gelöscht: und wegen der Vernichtung eines erheblichen Teils des angestammten Siedlungsgebietes

Begründung:

Der vorliegende Änderungsantrag ist Ergebnis der Beratung der (Bundes)Arbeitsgemeinschaft Ethnische Minderheiten am 18. Mai 2009. Die Mitglieder der AG sind schlagen vor, die Aussagen dazu, wer Rechte der Minderheit in der Praxis wahrnimmt zu präzisieren und sie beim Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten festzumachen. Ansonsten wird eine geringfügige Kürzung vorgeschlagen, die ohne Auswirkung auf die inhaltlichen Aussage ist.

Einreicher: Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes MOL

Stellungnahme zum Entwurf des Landtagswahlprogramm (LTWP) 2009

1. Die Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes MOL am 22.06.09 unterstützt inhaltlich den Entwurf des Landtagswahlprogramms und empfiehlt den Delegierten des Landesparteitages, diesem Entwurf zuzustimmen.
2. Zum Entwurf stellen wir fest:
Grundsätzlich ist das Programm zu lang, enthält viel Polemik. Es ist zwar gut lesbar, aber an manchen Stellen für den Wähler nicht zu verstehen. Mehrmals treten Wiederholungen in der Nennung von Bedingungen und Fakten auf. Für den Straßenwahlkampf und die Verteilung ist eine komprimierte Fassung mit einem Verweis auf die ausführliche Fassung unerlässlich.
Rentner/innen sind weitgehend nicht vorhanden, bzw. nur in Nebensätzen und sind dabei ein großes Wählerpotential.
Eine Reihe von Aussagen ist nicht konkret genug, um den Charakter des gegenwärtigen kapitalistischen Systems und der Ursachen der Krise sowie deren Auswirkungen eindeutig und verständlich zu beweisen.
Der Standpunkt der Linken zur CO₂ - Verpressung in Brandenburg und anderswo sollte in das LTWP aufgenommen werden. Wir beantragen die klare Formulierung der Ablehnung. (dies wird namentlich vorgetragen durch: Dr. Dagmar Enkelmann, Marco Büchel, Bettina Fortunato, Renate Adolph, Bernd Sachse und weitere)
3. Zur äußeren Form merken wir an:
Die Überschriften sollten teilweise überarbeitet werden (z. B. Zeile 1 und 2, 988, 1009, 1645 u. a.) und eine eindeutige Zuordnung zu Haupt- und Teilüberschriften erkennen lassen.
Die letzte Seite (Z. 1799 ff) sollte als Deckseite fungieren, wobei Z. 1817 vor die Z. 1814/15 eingeordnet werden sollte.
4. Die gegenwärtige Diskussion um das Landtagswahlprogramm zeigt uns nochmals die Notwendigkeit der schöpferischen Erarbeitung eines Grundsatzdokuments der Linken:
- Es fehlt ein sozialistisches Parteiprogramm,
5. Weitere Vorschläge werden durch den KV mit getragen:

Antrag 4.1 = A19

Empf. LV: TÜ
Empf. RK:

Antrag 4.2

Empf. LV: TÜ
Empf. RK:

namentlich des Gen. Lutz Amsel; Dieter Schäfer; Bernd Sachse, Christian Steinkopf

Zeile 98/99

„Die soziale Marktwirtschaft muss wieder hergestellt und Schritt für Schritt weiter entwickelt werden.“

ersetzen durch:

„Kurz: Die Transparenz und demokratische Kontrolle über die Wirtschaft ist schrittweise auszubauen.“

Begründung:

Politisch sollte der Begriff der sozialen Marktwirtschaft nicht verwendet werden. Er ist von anderen politischen Kräften besetzt. Diese werden in diesem Zusammenhang auch von Wählern als Original wahrgenommen.

Aus historischer Sicht ist der Begriff irre führend. Es hat seit Gründung der Bundesrepublik in zentralen Bereichen der Wirtschaft keine Marktwirtschaft, sondern vorrangig monopolische Strukturen. Sehr deutlich wird das heute z. B. auf dem Energie- und dem Pharmasektor.

Sozial bestehen in der Bundesrepublik vielfach bessere Bedingungen als in anderen Ländern. Das ist aber vor allem auf

Antrag 4.3

Empf. LV: hinfällig
Empf. RK:

- die Zweckmäßigkeit des Systemerhalts durch soziale Zugeständnisse der Herrschenden,
- die Schaufensterfunktion der alten Bundesrepublik gegenüber anderen Ländern und
- durch die Arbeitenden erstrittene soziale Bedingungen zurückzuführen.

Mit sozialer Marktwirtschaft ist diese Situation nicht zielführend beschrieben.

Worauf es ankommt, ist:

- das wirtschaftliche, für Millionen folgenreiche Entscheidungen, nicht mehr undurchschaubar von einer Handvoll Leuten getroffen werden können und
- die wirkliche demokratische Mitwirkung von Belegschaften und ihren Interessenvertretern organisiert wird.

Zeile 263/264/265:

„Solange der Bund nicht bereit ist, diese Form der Finanzierung zuzulassen, nutzen wir die verfügbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente und schaffen damit bis zu 15 000 Stellen.“ ersetzen durch:

„Zurzeit ist der Bund nur eingeschränkt im Rahmen des Programms Kommunal Kombi bereit, eine solche Finanzierung zuzulassen.

Wir fordern, dass dieses Programm 2009 nicht für den Zugang von ALG II-Empfängern geschlossen wird.

Stattdessen ist es

- finanziell durch Bund und Land, einschließlich ESF-Mitteln, aufzustocken,
- hinsichtlich der Einsatzmöglichkeiten der Arbeitskräfte auszuweiten sowie
- für alle ALG II-Empfänger, unabhängig von der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit, anzubieten.

Damit könnten kurzfristig bis zu 15 000 Arbeitsplätze im öffentlichen Beschäftigungssektor Brandenburgs geschaffen werden.“

Begründung:

Es sollte auf die Verbesserung eines laufenden Programms hingearbeitet werden. Das lässt beim Wähler die Umsetzbarkeit unserer Forderungen realistischer erscheinen.

namentlich Gen. Dieter Schäfer:

Zeile 397

erweitern mit – Die Verknüpfung von Formen des Tourismus mit den Bereichen Kultur und Sport ist zu verbessern.

Zeile 477

einfügen – der Waldumbau zu flächendeckenden Mischwäldern ist zu fördern ebenso wie der touristische Ausbau.

Zeile 1625 bis 1627

ersetzen durch – Wir sehen in der Erhöhung der Landesmittel für den Neubau und Sanierung von Sportstätten einen zwingenden Weg zur erforderlichen Verbesserung der Sportstättensituation, da sowohl die Kommunen als auch die Vereine nicht in der Lage sind, Sportstätten zu bauen bzw. zu sanieren.

Antrag 4.4
Empf. LV: TÜ
Empf. RK:

Antrag 4.5 1-3
Empf. LV: Ü
Empf. RK:

Vorschläge der BO Fredersdorf/ Vogelsdorf, eingebracht von Dr. Inge Rybka

Zeile		Empf. LV:	Empf. RK:	Antrag 4.6
157	... bezahlbare Lebensbedingungen für alle und insbesondere für Kinder	Sinngemäße Übernahme		4.6.1
141	streichen (Schwächen sollte man keinen Impuls geben)	zurückgezogen		4.6.2
187	wir fordern: trotz Billiglohnpolitik hat die Krise auch Brandenburg voll erfasst	Teilübernahme		4.6.3
201	ist zu kürzen: Wir sind für eine europaweite Freizügigkeit. Damit verbunden sind für uns einheitliche europäische Standards (Mindestlohn, soziale Standards)	zurückgezogen		4.6.4
238	herkömmliche Weise ? (streichen)	Zurückgezogen		4.6.5
266	Aussage ist für die Mehrheit der Wähler/innen unverständlich (was sind Rechtskreise), eine solche Betreuung ist ungerecht, nicht unbefriedigend	Teilübernahme		4.6.6
267	letzten Satz streichen, da unklar was Regionalisierung der Arbeitspolitik ist	Sinngemäße Übernahme		4.6.7
291	zu bewahren und auszubauen	Übernahme		4.6.8
351	Relativ unbekannt Fremdwörter vermeiden, z. B. revolvierende Fonds (klare Formulierung erforderlich)	Übernahme		4.6.9
383	Kommunalfinanzierung ist zu ändern in: Finanzierung der Kreise, Städte und Gemeinden	zurückgezogen		4.6.10
471	hinzufügen: regionale Kreisläufe stärken und fördern	Übernahme		4.6.11
472	sowie seiner Fähigkeit CO ² zu binden (ist zu streichen, führt zu	zurückgezogen		4.6.12

	Missverständnis)		
492	Es sind neue Wege zu beschreiten. Sie dürfen nicht, wie in der Vergangenheit durch Rüstung erfolgen, sondern es Maßnahmen zu ergreifen, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen beitragen.	zurückgezogen	4.6.13
523	Zukunft oder Perspektive	Übernahme	4.6.14
678	Natur hat <u>einen</u> Wert, oder ist ein Wert an sich	Sinngemäße Übernahme	4.6.15
700	... sondern ein sozial handelnder Staat	Sinngemäße Übernahme	4.6.16
953	und logisches Denken	zurückgezogen	4.6.17
989	nicht einleiten, sondern fordern nach 12 Jahren ABI (nicht 13 Jahre !) Die Abschnitte zu Schule, Hochschule und Studium sind sehr lang und sollten kürzer gefasst werden. Zum Teil sind die Zielstellungen zu langfristig.	zurückgezogen	4.6.18
1209	ändern in: Vorrecht für Einzelne, sondern Möglichkeit für alle sein.	Übernahme	4.6.19
1269	das gilt auch für die alten Bundesländer	zurückgezogen	4.6.20
1332	umfassend und objektiv	Übernahme	4.6.21
1572	Alkohol = nicht soll, sondern muss tabu sein	Sinngemäße Übernahme	4.6.22
1594	Drogen von der Jugend fernzuhalten und Kontrolle der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes muss eingearbeitet werden.	Hinfällig durch Neuformulierung durch A 16.6	4.6.23
1799	auch in der DDR (Zeit ist ausgeklammert)	zurückgezogen	4.6.24
1824	unsere Abgeordneten in der EU		4.6.25

	(einzusetzen)	zurückgezogen	
--	---------------	----------------------	--

namentlich der Gen. Regina und Horst Damm

Zeile		Empf. LV:	Empf. RK:	Antrag 4.7
102	In der Aussage des Satzes 101/102 ist ein Widerspruch zu „Wir, die Linken, wollen ...“ Vorschlag: 100 und 101 streichen.	Hinfällig durch Neuformulierung		4.7.1
842 - 849	vorziehen nach 820, dann fortsetzen mit 822 908 - 940 auf die wichtigsten Aussagen kürzen	zurückgezogen		4.7.3
950 - 952	als Forderung die Verbindung zwischen beiden Seiten des dualen Ausbildungssystems wieder herzustellen, einfügen „aufgestellt“ sollte vermieden werden	zurückgezogen		4.7.4
1090-1094	weglassen und gleich mit Abs. 2 beginnen,	Teilübernahme		4.7.5
1330 ff	ergänzen, dass kein Verkauf von kommunalen Wohnungen, Wald und Seen akzeptiert wird.	Sinngemäß im Programm enthalten		4.7.6
1456-470	einordnen in 1119 - 1133	Hinfällig wegen unklaren Zeilennummern		4.7.7
1472- 1486	einordnen in 1089 - 1117	Hinfällig wegen unklaren Zeilennummern		4.7.8
1489- 1493	streichen	Zurückgezogen		4.7.9
1625 ff	Rechte des sorbischen Volkes werden an verschiedenen Stellen des Programms (z. B. 908 u. a.) angesprochen - bitte zusammenfügen.	zurückgezogen		4.7.11
1684	Sollten hier nicht auch Städte wie Frankfurt, Schwedt, Guben	zurückgezogen		4.7.12

	angeführt werden?		
--	-------------------	--	--

Antrag 5	Empfehlung LV: Hinfällig wegen Neuformulierung
Empfehlung Redaktionskommission:	

Einreicher: Hans-Peter Schömmel
Delegierter KPF

Zeile 96, Streichung des Satzes
„ Sinngemäß soll es innerhalb der Unternehmen laufen „

Begründung :

*Die Aussage des Satzes steht im Gegensatz zu den Zeilen 87 – 88
Es ist eine Verkennung der Realität, dass gesellschaftliche Kontrolle bezogen auf die
sozialen Marktwirtschaft allein **innerhalb** der Unternehmen korrigiert werden kann.*

Zeile 98 ,99 Streichung des Satzes
„ Die soziale Marktwirtschaft muss wieder hergestellt werden und Schritt für Schritt weiter
entwickelt werden“

Änderung :

**Eine soziale Marktwirtschaft muss hergestellt werden, die nachhaltig auf das Wohl
aller ausgerichtet ist.**

Begründung :

*Der Folgesatz: „ **Unser Weg ist der sozialökologische Umbau, die solidarische
Erneuerung und die konsequent demokratischen Gestaltung der Gesellschaft,**
unterstreicht diese Änderung. Wir wollen nicht zurück, sondern Zukunft gestalten.*

Antrag 6	Empfehlung LV: Übernahme
Empfehlung Redaktionskommission:	

Einreicher: Torsten Krause
(mit Zustimmung des Arbeitskreis IV der Landtagsfraktion: Bildung, Hochschule, Jugend,
Kultur)

Der Landesparteitag möge den Absatz „Brandenburgs Jugend“ ab Zeile 1603, wie folgt
ergänzen:

Um dies zu gewährleisten streben wir an den Landesjugendplan mit 15,7 Millionen Euro
auszustatten.

Begründung:

*Im Rahmen der Dialogphase gab es mehrere Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern
Brandenburgischer Jugendverbände, so zum Beispiel am Rande der Vollversammlung der*

Jugendverbände am 06. Juni in Brandenburg/ Havel und mit dem neu gewählten Vorstand des Landesjugendring Brandenburgs am 09. Juni im Landtag Brandenburg.

In diesen Gesprächen wurde eindringlich dafür geworben eine konkrete und nachvollziehbare Summe für den Landesjugendplan innerhalb des Landtagswahlprogrammes festzuschreiben.

Die geforderte Summe entspricht dem berechneten Bedarf der Jugendverbände und unseren Forderungen in den Haushaltsverhandlungen dieser Legislaturperiode.

In der Vergangenheit ist der Landesjugendplan regelmäßig gegen unsere Stimmen gekürzt wurden. Standen im Jahr 1999 noch 13,9 Mio. Euro für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zur Verfügung sind es aktuell nur noch 10,15 Mio. Euro. Gleichzeitig sind jedoch die Mehrbelastungen, aber auch die Anforderungen an eine moderne und qualitativ ansprechende Jugendarbeit gestiegen. Neben steigenden Kosten bei Kommunikation, Mieten und Personal sind auch weitere Aufgaben in das Blickfeld der Jugendverbände gerückt. Verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, Angebote im Rahmen des Ganztagserschulungsprogrammes und die Organisation von Austauschprogrammen, wie dem Europäischen Freiwilligendienst gehören dazu. Durch die demographische Entwicklung ist es im selben Zeitraum schwieriger geworden auch die Angebote der klassischen Jugendarbeit aufrecht zu erhalten.

Unsere Fraktion hat sich in allen parlamentarischen Beratungen stets gegen Kürzungen im Bereich des Landesjugendplanes ausgesprochen und auf die drohenden Folgen hingewiesen. Proteste der Brandenburgischen Jugendverbände und des Landesjugendringes haben wir unterstützt. Als Ansprechpartner standen wir jederzeit zur Verfügung und haben auch von unserer Seite oft das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Jugendverbände zu unseren Ideen und Konzepten gesucht. In den Haushaltsverhandlungen hat DIE LINKE jedes Jahr alternative Vorschläge eingebracht, die Kürzungen der Mittel im Landesjugendplan verhindert hätten.

Die Landkreise und Kommunen mussten seit dem 1. Januar 2006 Kürzungen im 610-Stellen-Programm umsetzen. In mehreren Stufen (1996-2005: 610, 2006: 580, 2007: 540, seit 2008: 510) wurde das Programm bis zum Jahr 2008 auf 510 Stellen reduziert. Die Landesregierung zog sich damit zu einem erheblichen Teil aus der Förderung des Personalstellenprogramms in der Jugendarbeit zurück. Gleichzeitig erhöhte sie gegenüber den Landkreisen und Kommunen die Forderungen zur Umsetzung des Programms. So bekommt seit dem Jahr 2006 nur der Landkreis eine Förderung, der 25 Prozent der Mittel für Sozialarbeit an Schulen einsetzt. Das bedeutet aber, dass für die Jugendarbeit in Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendzentren und Jugendclubs landesweit 145 Stellen aus dem Gesamtförderrahmen gestrichen werden mussten. Der ermittelte Bedarf von hauptamtlichen Personalstellen in der Jugendarbeit für das Land Brandenburg lag 1998 bei 1000 Stellen – also weit über den ehemaligen 610. Durch die demographische Entwicklung hätte es die Möglichkeit gegeben, durch die Beibehaltung des Vorjahresniveaus den Bedarf annähernd zu decken.

Mit seiner Kampagne „9,70 Euro mehr für Julia und Dennis“ hat der Landesjugendring im Jahr 2007 seiner Forderung nach einer Aufstockung des Landesjugendplanes auf das Niveau von 1999 zuzüglich des Inflationsausgleiches hingewiesen. Dies entspricht einem Volumen von 15,700.000 Euro und damit einem aktuellen Mehrbedarf von 5,550.000 Euro. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen vorrangig die Bereiche Außerschulische Jugendbildung, der Einsatz landesweiter Koordinierungsstellen für überregionale Aufgaben, wie die Gedenkstättenarbeit oder der Europäische Freiwilligendienst, das Personalkostenprogramm und die Kooperation zwischen Jugendverbänden und Schule gestärkt werden.

Einreicher: Dr. Artur Pech und BO Schöneiche

Änderungsanträge zum Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2009

Änderungsantrag 7.1

Streichen:

Zeile 90 ff

... um soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft in Übereinstimmung zu bringen. Notwendig sind gesellschaftliche Gegengewichte und politische Vorgaben; Rendite und Vernunft, kurzfristige Gewinn und Nachhaltigkeit, Profit und Gemeininteresse, Gesellschaft und Individuum, Staat und Markt, Umwelt und Wirtschaft, Ökologie und Lebensweise – all diese Beziehungen müssen neu geordnet werden.

Statt dessen einfügen:

Notwendig sind gesellschaftliche Gegengewichte und politische Vorgaben, die der hemmungslosen Profitwirtschaft Grenzen setzen und ihren verheerenden Auswirkungen auf Gesellschaft und Natur begegnen.

Begründung:

Die **Rendite** gibt das Verhältnis der Einzahlungen zu den Auszahlungen einer Geld- bzw. Kapitalanlage an.

Gewinn: ergibt sich als Unterschied zwischen Aufwand und Ertrag.

Profit ist der auf dem Markt realisierte, in Geld ausgedrückte Mehrwert.)

Die im Entwurf mit den Begriffen Rendite, Gewinn und –Profit aufgemachten Korrelationen sind austauschbar und damit beliebig. In diesem Kontext ließe sich dann Rendite auch der Nachhaltigkeit, austauschbar und damit beliebig. In diesem Kontext ließe sich dann Rendite auch der Nachhaltigkeit, Profit der Vernunft usw. gegenüberstellen.

wesentlicher aber ist: Alles läuft auf die Forderung hinaus, Beziehungen neu zu ordnen. Dem können gerade im Wahlkampf zu Zeiten der Krise alle zustimmen, weil so die Richtung offen bleibt, in der neue Regeln den Zustand verändern sollen.

Die Richtung linker Politik muss eindeutig bestimmt werden. Der Profitdominanz ist der Kampf anzusagen- wohl wissend, dass sich mittels Landespolitik die kapitalistischen Verhältnisse nicht binnen einer Wahlperiode umkehren lassen.

Änderungsantrag 7.2:

Empfehlung LV: Teilübernahme

Streichen:

Zeile 103ff

Es ist gut, wenn die SPD Kraft zur Selbstkritik aufbringt – zur Selbstkritik daran, dass man sich der Logik des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verschrieben hat. Es ist gut, wenn sich sogar der brandenburgische Ministerpräsident angesichts dessen, auf die Ideen eines

demokratischen Sozialismus besinnt. Doch was nutzt das, wenn der Koalitionspartner SDU sich dem in den Weg stellt? Der Weg von Bekenntnis zur politischen Tat ist spätestens dann blockiert. Bekenntnisse allein aber reichen heute nicht aus. Wir, die LINKEN wollen, dass gehandelt wird – konkret hier und heute, im Interesse der Menschen.

Begründung:

Mit ihrem Wahlprogramm kämpft die LINKE um Wählerstimmen. Dieses Ziel wird durch eine solche Aussage konterkariert.

Die Aussage ist auch sachlich falsch. Die brandenburgische SPD hat eine konservative Politik gemacht und betreibt diese Politik auch heute noch. Das ist im Kern ihre eigene Politik und nicht auf den Druck des Koalitionspartners CDU zurückzuführen. Die SPD in Brandenburg ist – wie die Bundes – SPD – noch immer Hartz-IV Partei.

Antrag 8

**Empfehlung LV: Übernahme
Empfehlung Redaktionskommission:**

Einreicher: Matthias Loehr (Mitglied des Landesvorstandes, Ralf Christoffers (Mitglied des Landtages Brandenburg)

Nach Zeile 315 einfügen:

Wir wollen im Rahmen einer Bundesratsinitiative durchsetzen, dass die Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Dienstleistungen auf 7% gesenkt wird, um Arbeitsplätze in kleinen und mittelständischen Unternehmen zu sichern. Damit soll der Tourismusstandort gestärkt und Chancengleichheit im europäischen Wettbewerb hergestellt werden.

Begründung:

Die Einführung von ermäßigten Mehrwertsteuersätzen auf sogenannte arbeitsintensive Dienstleistungen wie Gastronomie oder Handwerk sind seit vielen Jahren eine Forderung der Linkspartei.

Es handelt sich hierbei um einen ersten wichtigen Schritt zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Land Brandenburg und hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Preisgestaltung und damit auf die Binnennachfrage, was wiederum einen konjunkturstabilisierenden Effekt, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen, hätte.

Tatsache ist, dass 22 von 27 EU-Staaten bereits einen ermäßigten Steuersatz auf Beherbergungsumsätze anwenden und weitere 10 EU-Länder ermäßigte Steuersätze für Umsätze in der Gastronomie festgelegt haben. Die schnelle Einführung ermäßigter Mehrwertsteuersätze ist somit ebenfalls ein Beitrag zur Chancengleichheit im europäischen Wettbewerb.

Die Festsetzung von Mehrwertsteuersätzen ist eine Bundesangelegenheit und deshalb wollen wir uns durch eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, diese Steuersenkung umzusetzen.

Antrag 9

**Empfehlung LV: Hinfällig
Empfehlung Redaktionskommission:**

Einreicher: Basisorganisation Mittenwalde

Antrag:

Die Basisorganisation Mittenwalde (Landkreis Dahme-Spreewald) schlägt vor, den Satz in der Präambel des Landtagswahlprogramms „Die soziale Marktwirtschaft muss wieder hergestellt und Schritt für Schritt zu einer demokratischen Marktwirtschaft weiter entwickelt werden.“

wie folgt zu ändern:

„Die bisher nur dem Namen nach soziale Marktwirtschaft muss zu einer sozialen und demokratischen Marktwirtschaft entwickelt werden.“

Begründung:

Wenn wir „Zurück zur sozialen Marktwirtschaft“ fordern, wirkt das, als ob wir „Zurück in die Bundesrepublik der 70er Jahre“ wollen. Das mag bei Westdeutschen noch verständlich, wenn auch unrealistisch sein, aber wenn wir damit kommen, lacht man uns aus, und zwar zu Recht.

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ hat viele Bedeutungen. Am Anfang sollte er vor allem die Kapitalismuskritiker in der CDU beruhigen. Auch danach hatte er stets eine innenpolitische Funktion, um Konzepte wie „Sozialpartnerschaft“, „Konzertierte Aktion“ usw. zu flankieren. Die Botschaft war: Was wollt Ihr denn, wir haben doch gar keinen Kapitalismus mehr. Und was gut für Unternehmer und Aktionäre ist, ist auch gut für Arbeiter und Rentner, denn wir haben ja die Soziale Marktwirtschaft!

Wichtig ist jedenfalls, dass die Urheber der Politik der Sozialen Marktwirtschaft darunter etwas ganz anderes verstanden als es heute im allgemeinen Sprachgebrauch üblich ist. Sie wurde unter Rückgriff auf theoretische Vorarbeiten der in den 30er Jahren entstandenen neoliberalen Schule entwickelt, und zwar speziell ihres deutschen Zweiges, des sogenannten Ordoliberalismus. Ihre wichtigsten „Väter“ Alfred Müller-Arnack und Ludwig Erhard waren schon in den 60er Jahren der Meinung, dass die staatliche Sozialpolitik über das rechte Maß hinausgeschosse; der westdeutsche Wohlfahrtsstaat sei sozialpolitisch überfrachtet. 1974 erklärte Erhard sogar, die Epoche der Sozialen Marktwirtschaft sei längst beendet, mit seinen Vorstellungen von Freiheit und Selbstverantwortung habe das alles nichts mehr zu tun. Margaret Thatcher hat ja selbst Helmut Kohl als Sozialisten bezeichnet, und Erhard sah das wohl nicht viel anders. So sagte er: „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.“ und an anderer Stelle: „Marktwirtschaft ist bereits an sich sozial, weil die Bürger nicht auf Zuweisungen des Staates, auf das Wohlwollen von Parteien, auf die Bevormundung durch Organisationen oder auf die fürsorgende Einvernahme von Volksgemeinschaften angewiesen sind.“ Das ist Liberalismus reinsten Wassers, gedacht für fitte und wohlhabende Marktteilnehmer – die anderen fallen durch den Rost.

Umverteilung lehnte Erhard als Eingriff in den Markt ab, Mitbestimmung war für ihn der erste Schritt in die Planwirtschaft. Der tschechische Präsident Václav Klaus kann sich also durchaus auf Erhard berufen, wenn er erklärt, am Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ störe ihn das Wort „sozial“. Und auch die Bertelsmann-Kampagne „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, heute zweifellos das einflussreichste Forum des Neoliberalismus in Deutschland, kommt mit ihren Zielen den Ansichten Erhards und Müller-Arnacks viel näher als unsere wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen. Wenn wir eine „Wiederherstellung der Sozialen Marktwirtschaft“ verlangen, jagen wir also einem Trugbild nach.

Dabei hat die kapitalistische Entwicklung der BRD in mancher Hinsicht wirklich einen anderen Weg genommen als etwa in den USA oder Japan einerseits und Skandinavien, Frankreich oder

Großbritannien andererseits. Dafür haben sich Synonyme wie „Soziale Marktwirtschaft“, „rheinischer Kapitalismus“ usw. eingebürgert. Zum Beispiel war die starke staatliche Komponente in der Wirtschaft (Post- und Telefonmonopol, Bundesbahn, große Anteile an Volkswagen, Salzgitter AG, VEBA usw.) nach klassisch liberaler Sicht natürlich Teufelszeug, ebenso der starke Kündigungsschutz und die Vorschriften zur Mitbestimmung. Allerdings war die wirtschaftliche Rolle des Staates in Skandinavien, Frankreich und Großbritannien noch stärker - und beginnend mit Großbritannien unter Margaret Thatcher setzte überall eine Privatisierung erst der produzierenden Unternehmen, dann auch der Infrastruktur (Post, Telekom, Bahn) ein. Deutschland hat diese Entwicklung weder als Erster noch am schnellsten vollzogen. Auf der anderen Seite beschränkte sich die Wirtschaftspolitik in der BRD weitgehend auf das Setzen von Rahmenbedingungen; direkte Regulierung der Wirtschaft war ebenso verpönt wie Eingriffe in Eigentumsstrukturen. So etwas wie die umfassenden Verstaatlichungen in Großbritannien Ende der 40er Jahre war in der BRD genauso undenkbar wie die dort vollzogene Auflösung der Krankenkassen zwecks Schaffung eines allgemeinen Gesundheitsdienstes. Die Tarifautonomie war heilig; so etwas wie ein Mindestlohn wäre für Ludwig Erhard nie und nimmer in Frage gekommen. Selbst eine progressive Einkommensbesteuerung lehnte er ab! Anknüpfungspunkte lassen sich für uns am ehesten noch bei seinem Eintreten für ein scharfes Kartellrecht und seiner Forderung nach Haftung von Unternehmern und Managern für unternehmerisches Scheitern finden. Aber reicht das, um eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft zu fordern?

Bezeichnenderweise ist Sozialpolitik ausdrücklich kein Element der Sozialen Marktwirtschaft. Im wesentlichen geht es bei ihr nur darum, dem vielbeschworenen freien Markt einen rechtlichen Rahmen zu geben: Einerseits Garantien (Investitionsschutz, Schutz des Privateigentums), andererseits Beschränkungen, um Monopole zu verhindern und die Geldstabilität zu sichern. Dies alles unter dem einen Ziel der freien Entfaltung des unternehmerischen Wettbewerbs und der Marktkräfte! So gesehen, machen wir uns mit der Formulierung der Präambel nicht nur lächerlich (Wer soll uns Westalgie abnehmen?), sondern wir begeben uns damit auch aufs Glatteis. Der Begriff ist auch dort, wo er nicht demagogisch verwendet wird, in hohem Maße irreführend. Wir können uns damit nur blamieren.

Antrag 10

Empfehlung LV: Teilübernahme
Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicher: Herta Venter

Delegierte KV Lausitz Cottbus, 28.06.09

Der Landesparteitag möge beschließen:

Dem Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2009, wird dem Kapitel 2 „Bekämpfung von Armut“ (S. 16) an passender Stelle, eine Aussage zu Armut im Alter hinzugefügt.

Formulierungsvorschlag:

Jeder vierte und bald schon jeder dritte Lausitzer hat das Rentenalter erreicht und ist nicht mehr auf einen Arbeitsplatz angewiesen, wohl aber auf ein existenzsicherndes Einkommen. Da im Osten Deutschlands die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung in den meisten Fällen das einzige Einkommen im Alter ist, ist zu befürchten, dass sich Niedriglohn und Arbeitslosigkeit zukünftig in den Rentenbiografien nachteilig bemerkbar machen werden. Viele Rentnerinnen und Rentner in Brandenburg werden von Altersarmut betroffen und auf

Sozialhilfe angewiesen sein. In Zusammenarbeit mit unserer Fraktion im Bundestag werden wir uns für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme einsetzen. Lebensstandardsicherung muß wieder zum zentralen Ziel der Rentenpolitik erhoben werden, so kann Altersarmut verhindert und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicher gestellt werden.

Begründung:
erfolgt mündlich

Antrag 11	Empfehlung LV: Hinfällig durch A 10 Empfehlung Redaktionskommission:
------------------	---

Einreicher: LAG SeniorInnen (Elke Böckmann, Irene Wolff-Molorciuc, Irma Hilka)

Ergänzungsantrag zum Landtagswahlprogramm

1. Gute Arbeit – gute Löhne – *gute Renten* – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und ökologisch erneuern

Begründung:
Der Kampf um eine gerechte Rente ist fester Bestandteil der Arbeit unserer Partei. Bestehende Ungerechtigkeiten im Rentensystem, die Anerkennung von Lebensleistung und die demographische Entwicklung rechtfertigen die Aufnahme des Themas Rente in diese Überschrift.

Antrag 12	Empfehlung LV: Übernahme Empfehlung Redaktionskommission:
------------------	--

Einreicher: Arbeitskreis 2 der Landtagsfraktion DIE LINKE – Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Dr. Andreas Bernig, Helga Böhnisch, Karin Weber, Wolfgang Heinze, Andrea Schulz

zum Abschnitt „4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken, Toleranz leben“

Zeile		Empf. LV:	Empf. RK:	Antrag 12
1376	nach „orientieren“ einfügen: , wobei eine neue Kreisgebietsreform unter den konkreten Bedingungen des Landes Brandenburg nicht erforderlich ist			12.1
1387	vor „erweitert“ einfügen: , insbesondere durch Lockerung des Örtlichkeitsprinzips,	Übernahme		12.2
1425	das Wort „nur“ streichen	Übernahme		12.3
1427	nach „sein.“ einfügen:	Übernahme		12.4

	Das Potential der Interkommunalen Zusammenarbeit wird gegenwärtig nicht ausgeschöpft. Dabei ist Interkommunale Zusammenarbeit als wichtiger Schlüssel für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für die Weiterführung der Funktionalreform und die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs zu betrachten.			
1428	nach „ist“ einfügen: daher	Übernahme		12.5

Antrag 13	Empfehlung LV: Übernahme Empfehlung Redaktionskommission:
------------------	--

Einreicher: Arbeitskreis 2 der Landtagsfraktion DIE LINKE – Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Dr. Andreas Bernig, Karin Weber, Wolfgang Heinze

zum Abschnitt „4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken, Toleranz leben“

Zeile 1728 – nach „bei.“ einfügen:
Insgesamt brauchen wir ein modernes, leistungsorientiertes öffentliches Dienstrecht, das u.a. Arbeitszeitverlängerungen ausschließt.

Antrag 14	Empfehlung LV: Empfehlung Redaktionskommission:
------------------	--

Einreicher: Michael Wippold (DIE LINKE Wernsdorf/Niederlehme)

Zeile 103 – 109
streichen und ersetzen durch anderen Text.

Antrag 14.1
Empf. LV: hinfällig
Empf. RK:

Vorschlag für neue Formulierung: (im Kontext mit vorangehender und nachfolgender Passage)
Zeile 103
„Dafür sind wir bereit Regierungsverantwortung zu übernehmen!“

Dann weiter in Zeile 109 mit: „Wir, die LINKEN wollen.....“

Antrag 14.2
Empf. LV:
Behandlung im
Plenum
Empf. RK:

Begründung:
Dieser Absatz beinhaltet eine übermäßige rein rhetorische Anbiederung an die SPD. Letztlich wird hier impliziert, dass die SPD, nach erfolgreicher Wahl, bei Alleinregierung ihre ja sooo

richtigen Denkansätze und Ideen verwirklichen könne, weil dann ja der Hemmschuh CDU wegfiele.

Wir aber sollten, gerade an dieser Stelle in der Präambel unseres Wahlprogramms, eindeutig zum Ausdruck bringen, dass DIE LINKE die treibende „original soziale“ Kraft ist und es nur durch ihr Wirken eine für alle Bürgerinnen und Bürger spürbare Veränderung der Politik in diesen Lande geben kann.

Wir sind schon jetzt die einzigen, die in der Lage sind, die SPD zu einem beschleunigten Umdenken und Politikwechsel zu zwingen.

Das sollten wir auch so in unserem Wahlprogramm zum Ausdruck bringen!

Schließlich will Kerstin Kaiser Ministerpräsidentin des Landes Brandenburg werden! Oder nicht?

Also bitte etwas mehr Selbstvertrauen!

Kämpferische Grüße

aus LDS

Michael Wippold

Antrag 15

Empfehlung LV: Übernahme
Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicher: Thomas Nord

Seite 32, Abschnitt „Interkommunale Zusammenarbeit“

Einfügen eines weiteren Schlüsselvorhabens: Kommunale Zusammenarbeit stärken“

Antrag 16

Empfehlung LV:
Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicherin: Linksjugend [solid] Brandenburg, vertreten durch den LandessprecherInnenrat.

Präambel (Marktwirtschaft)

Seite 4, Zeile 98:

Ersetzen von „Die soziale Marktwirtschaft muss“ durch „Die sozialen Sicherungssysteme müssen“

Begründung

Der Begriff der sozialen Marktwirtschaft dient seit seiner Entstehung als Formel für die These, dass hoher Lebensstandard und solidarischer Ausgleich zwischen Starken und Schwachen am besten unter den Bedingungen kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen realisiert werden kann, sofern diese sozialstaatlich flankiert wird. Die soziale Marktwirtschaft hat in der Bundesrepublik Verfassungsrang, scheitert unseres Erachtens jedoch täglich an ihrem eigenen Anspruch und inneren Widerspruch. Im Zuge neoliberaler Reformen (> „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“) wurden und werden die sozialstaatlichen Errungenschaften der frühen BRD schrittweise zurückgefahren und deformiert; als sozial gilt, „was Arbeit schafft“. Diese Entwicklung muss entschieden kritisiert werden, doch sollten wir hierbei nicht den Fehler begehen, den Status Quo der 60er und 70er Jahre zur Vollendung einer sozialen Gesellschaft zu

Antrag 16.1

Empf. LV: hinfällig
Empf. RK:

verklären. Die Marktwirtschaft war noch nie sozial, von einer Wiederherstellung kann daher nicht die Rede sein.

Präambel (demokratischer Sozialismus der SPD)

Seite 4, Zeile 106-108:

Streichen des Satzes: „Doch was nutzt das, wenn der Koalitionspartner CDU sich dem in den Weg stellt? Der Weg vom Bekenntnis zur politischen Tat ist spätestens dann blockiert.“

Begründung:

Die Sätze beziehen sich auf die „Ideen des demokratischen Sozialismus“ im Vorsatz, auf die sich der Ministerpräsident vermeintlich „besinnt“. In diesem Kontext suggeriert die Folgeformulierung, dass die Brandenburgische SPD eigentlich gern eine Politik des Demokratischen Sozialismus betreiben würde, dass die CDU sie aber daran hindert. Eine solche Analyse halten wir für unzutreffend, da sie die weltanschauliche Verortung der Brandenburgischen SPD und insbesondere ihres Führungspersonals im Jahre 2009 schlichtweg falsch einschätzt. Der Terminus des Demokratischen Sozialismus ist bei Matthias Platzeck (als bekennendem Rechtsausleger der deutschen Sozialdemokratie) nicht mehr als bloße Folklore – eine beliebig füllbare Worthülse, die mit sozialistischen Vorstellungen und Erwartungen an gesellschaftliche Veränderung nichts zu tun hat. Die CDU kann sich insofern dem Weg vom (Lippen-)Bekenntnis zur Tat auch nicht in den Weg stellen. Oder anders: Die Konservativen sind mit Nichten daran Schuld, dass die SPD keine sozialistische Politik betreibt. Die von uns beantragte Streichung beeinträchtigt ansonsten weder Sinnhaftigkeit noch Lesefluss der betreffenden Passage.

Antrag 16.2

Empf. LV: hinfällig

Empf. RK:

Forstwirtschaft

> Seite 11, Zeile 477

Konkretisierend „gesetzlich“ einfügen zwischen „Landeswaldes“ und „gesichert“

> Seite 11, Zeile 479

Ergänzend einfügen „und den Erhalt“ zwischen „Nutzung“ und „der“

> Seite 11, Zeile 479 & 484

Einfügen von „leistungsstarken modernen“ zwischen „einer“ und „Forstverwaltung“; gleichzeitig Streichung der gesamten Zeile 484. (REDAKTIONELL WG. WIDERHOLUNG)

Antrag 16.3

Empf. LV: Übernahme

Empf. RK:

Ausstieg aus der Braunkohleverstromung

Seite 13, Zeile 563

Ändere „bis spätestens 2050“ in „bis spätestens 2040“

Antrag 16.4

Empf. LV:

Behandlung im
Plenum

Empf. RK:

Begründung:

Wie das Programm im vorangestellten Abschnitt zeigt, ist die Braunkohleverstromung mit ihren katastrophalen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt eine Technologie von gestern (Dass sie heute noch vielen Arbeit gibt, ändert daran prinzipiell nichts). Das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“, das auch von der LINKEN aktiv unterstützt wurde, betonte deshalb, dass ein sozial verträglicher Ausstieg so zeitnah wie möglich erfolgen müsse. Gerade angesichts der enormen Fortschritte in der Entwicklung und im Ausbau regenerativer Energien, die sowohl Atomkraft als auch die Kohleverstromung auf absehbare Zeit ersetzen können werden, sollten wir nicht hinter unsere Forderungen von Anfang des Jahres zurückfallen und unseren umweltpolitischen Ruf nicht aufs Spiel setzen.

Fristenforderungen, die eine Nutzung bis Mitte des Jahrhunderts bejahen, wenn der Abbau der Lausitzer Braunkohle ohne massive öffentliche Subventionierung ohnehin nicht mehr wirtschaftlich sein wird, braucht niemand.

Kostenfreies Studium / Rückmeldegebühren abschaffen

Seite 24, Zeile 1094:

Einfügen nach erstem Satz: „Die so genannten Immatrikulations- und Rückmeldegebühren, die seit Jahren im Land Brandenburg von Studierenden erhoben werden, sind gesetzeswidrig und müssen abgeschafft werden.“

Begründung:

Brandenburgische Hochschulen erheben von ihren Studierenden jedes Semester 51 € so genannte Immatrikulations- und Rückmeldegebühr als Teil des Semesterbeitrages.

Da sie (auch nach richterlicher Überzeugung) durch den tatsächlichen Verwaltungsaufwand in keinster Weise gerechtfertigt werden und der Landeshaushalt seine Zuwendungen pro Hochschule entsprechend der jeweils erhobenen Summe kürzt, handelt es sich hierbei um versteckte Studiengebühren, die wir als LINKE ablehnen müssen.

Brandenburgs Jugend I

Seite 35, Zeile 1594 - 1612:

Umformulierung des gesamten Absatzes in:

„Brandenburgs Jugend

Du Zukunft Brandenburgs hängt in hohem Maße davon ab, welche Perspektive das Land den heute Jungen bieten kann. Neben einer nachhaltigen Wirtschafts-, Infrastruktur- und Sozialpolitik, einer umsichtigen Bildungs- und Kulturpolitik sowie einer Stärkung der Regionen ist

Antrag 16.5

Empf. LV: hinfällig
durch 17.9
Empf. RK:

Antrag 16.6

Empf. LV: Übernahme
Empf. RK:

auch eine deutlich verbesserte Jugendpolitik Voraussetzung für die Entscheidung junger Menschen, ihre Zukunft auch als junge Erwachsene weiter in Brandenburg zu gestalten.

Damit Angebote der Jugendarbeit, gerade im soziokulturellen Bereich, überall im Land im nötigen Umfang und auf hohem Niveau bestehen bleiben oder neu geschaffen werden können, muss der Landesjugendplan bedarfsdeckend ausfinanziert werden.

Nur so kann die Verbindlichkeit von Qualitätsstandards mit Hilfe ausgebildeter Fachkräfte gewahrt bleiben. Wir machen uns zudem dafür stark, dass jede Schule eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter erhält.

In einem Flächenland wie Brandenburg ist der wohnortnahe Erhalt bzw. die Schaffung demokratisch orientierter Jugendzentren für die Wahrung der Vielfalt an Freizeitmöglichkeiten und Betätigungsfeldern entscheidend. Kommunen, die Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie die Nutzung des Personennahverkehrs für Kinder und Jugendliche kostenfrei zu gestalten versuchen, müssen hierbei durch das Land unterstützt werden.

Damit junge Menschen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, bedarf es der Erfahrung, dass die eigene Stimme Gehör findet und das persönliche Umfeld aktiv mitgestaltet werden kann. In Schule und Familie, in der Ausbildung und in der Kommune müssen Kinder und Jugendliche deshalb deutlich stärker in das Zustandekommen von Entscheidungen einbezogen werden. Wir setzen uns ein für die Aufwertung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten insbesondere junger Menschen und unterstützen den Ausbau der Stellen im Freiwilligen Sozialen und Freiwilligen Ökologischen Jahr in Brandenburg. Wir machen uns dafür stark, dass das Land Brandenburg sich allen Bemühungen zur weiteren Aushöhlung des Jugendarbeitsschutzgesetzes entgegenstellt.“

Begründung:

Wir meinen durch unseren Umformulierungsvorschlag den bisher allzu fragmentarisch und dadurch lieblos wirkenden Aufbau der ursprünglichen Passage ein Stück weit überwunden und den Jugendteil im Ganzen durch einige inhaltliche Erweiterungen qualifiziert zu haben.

Brandenburgs Jugend II

Seite 35, Zeile 1596-1597:

Für den Fall einer Ablehnung unseres Änderungsantrags 4 (Brandenburgs Jugend I) beantragen wir die Ersetzung der Passage „ , die Stärkung der Regionen und die stabile Verankerung in den guten Traditionen unseres Landes“ durch „und die Stärkung der Regionen“

Begründung:

Die meisten links wählenden Jugendlichen werden durch Bezugnahmen auf eine „stabile Verankerung in den guten Traditionen unseres Landes“ nicht nur nicht angesprochen, sondern dürften hierauf sogar mit ernstem Befremden reagieren. Das können wir gut nachvollziehen. Traditionen und Tugenden gab es auf dem Gebiet des heutigen Brandenburg in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten zu Hauf, die wenigsten waren geeignet, jungen

Antrag 16.7

Empf. LV: hinfällig
Empf. RK:

Menschen die Perspektive einer toleranten, gerechten und solidarischen Gesellschaft zu bieten. Auch wenn derlei Assoziationen sicher nicht beabsichtigt sind, legt sie die Formulierung leider nahe. Bitte unbedingt raus damit!

Antrag 16.8

Empf. LV:

Empf. RK:

individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten im Einsatz

Seite 37, Zeile 1723-1724:

Ersetze den Satz „Das schließt die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte im Einsatz ein, die gegenwärtig in Berlin umgesetzt wird.“ durch folgenden Satz: „Hierbei setzen wir uns für die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für uniformierte Polizeibeamte im Einsatz ein.“

Begründung:

Ipogramm fordert die LINKE die „individuelleIn ihrem Bundestagswah
DIE .g. Kennzeichnungspflicht für uniformierte Beamte und Beamtinnen der Bundespolizei
. Brandenburg sollte sich diese Wahlaussage auch für Landesebene zu eigen machen.LINKE
Ziel einer individuellen Kennzeichnungspflicht ist die (gegenüber dem Status Quo, aber auch
gegenüber der Berliner Gruppenkennzeichnungsregelung) verbesserte Möglichkeit zur
Identifizierung einzelner Beamter, die im Dienst rechtswidrig handeln. Im Falle von Fehlverhalten
oder gar Straftaten müssen Ermittlungen effektiv möglich sein ohne den persönlichen Schutz
der/des Polizeibeamten und ihrer/seiner Familie zu gefährden. Wir schlagen daher ein System
vor, welches für jeden Einsatz individuelle Kennnummern neu vergibt. Auf lange Sicht bringt eine
individuelle Kennzeichnungspflicht für alle Beteiligten nur Positives. Das Vertrauen in die Polizei
würde durch eine individuelle Kennzeichnungspflicht gestärkt.
Das Beispiel Berlin, mit der Kennzeichnung für ganze Einheiten, hat sich als nicht erfolgreich
erwiesen.

Antrag 16.9

Empf. LV:

Empf. RK:

Haushalt

Seite 42, Zeile 1944:

Ergänzen nach „...wollen. • g:

„Das heißt auch, dass wir keinem Landeshaushalt und keiner Haushaltspolitik zustimmen werden, die Kürzungen in den Bereichen Soziales oder Bildung vorsehen.“

Begründung:

„Je stärker die LINKE, desto sozialer das Land.“ (Gregor Gysi)

Antrag 17

Empfehlung LV:

Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicher: Ralf Christoffers, AG "LINKE Unternehmer", Andreas Bernig u.a.

Zeile 98:

Der Begriff soziale Marktwirtschaft soll durch eine Formulierung ersetzt werden, die die soziale Funktion von Wirtschaft in der Gesellschaft betont, ohne das der Zusammenhang Soziale Marktwirtschaft zu politischen Irritationen führt. Mein Vorschlag: die soziale Funktion von Wirtschaft in der Gesellschaft muss durch politische Rahmensetzungen wieder hergestellt werden.

Antrag 17.1

Empf. LV: hinfällig
Empf. RK:

Zeile 106:

Streichung von zwei Sätzen, beginnend bei "Doch was nutzt das..." bis Zeile 108 "...blockiert".

Antrag 17.2

Empf. LV: hinfällig
Empf. RK:

Zeile 314:

Neu einfügen: "Ein Bürgschaftssystem soll auch vor diesem Hintergrund einer der Säulen sein, wie perspektivisch eine Stärkung der Eigenkapitalsituation erreicht werden kann." Die jetzige Formulierung in Zeile 314 "Das Bürgschaftssystem ..." ist zu streichen.

Antrag 17.3

Empf. LV: sinngemäße Übern.
Empf. RK:

Veränderung im Schlüsselvorbau 3:

Mit aufnehmen:

Überbrückungsfinanzierungen zur Bewältigung der Krise

Antrag 17.4

Empf. LV: TÜ
Empf. RK:

Zeile 350:

Neu: "Der Charakter der Investitions- und Landesbank als Förder- und Strukturbank ist weiter auszubauen, um sicherzustellen, dass notwendige Finanzierungen zur Sicherung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen den KMU-Bereich und freie Berufe tatsächlich erreicht.

Antrag 17.5

Empf. LV: Übern.
Empf. RK:

Zeile 369:

Hinter "Landesentwicklungsplanung" einfügen: Daher streben wir einen industrie- und strukturpolitischen Dialog mit Gewerkschaften, Kammern und Arbeitgeberverbänden an."

Antrag 17.6

Empf. LV: Übern.
Empf. RK:

Zeile 477:

Hinter "Landeswald" einfügen: "gesetzlich"

Antrag 17.7

Empf. LV: hinfällig
Empf. RK:

Zeile 479:

Hinter "Die Nutzung" einfügen: "und Bewahrung"

Antrag 17.8

Empf. LV: hinfällig
Empf. RK:

Zeile 1094:

Hinter "nicht geben" einfügen: "Immatrikulations- und Rückmeldegebühren sollen abgeschafft werden."

Antrag 17.9

Empf. LV: Übernahme

Antrag 18	Empfehlung LV: Zurückgezogen
	Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicher: Ralf Christoffers

Antrag wurde komplett zurückgezogen

Antrag 19	Empfehlung LV: Teilübernahme
Präzisiert Antrag 4.1	Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicher: KV MOL

Renate Adolph hatte uns übermittelt, dass unsere Formulierungen zur CO2 Endlagerung ungenau/unzureichend sind. Wir haben im gestrigen Kreisvorstand die Meinungsbildung unserer Mitgliederversammlung nochmals nachvollzogen und bitten folgende Formulierung in Zeile 564 einzufügen:

Als Partei DIE LINKE ist es unsere Aufgabe, für die Sicherheit der Bürger, die in unseren Kommunen leben, zu sorgen und unsere Gemeinden für zukünftige Generationen zu schützen. Diese Sicherheit ist nicht gewährleistet, solange eine große Gefahr von der unterirdischen Endlagerung von Klimagasen aus geht. Die Risiken sind bisher weitgehend unerforscht. Mehrere hundert Millionen Tonnen CO2 sollen verflüssigt, mit extrem hohem Druck in über tausend Meter Tiefe verbracht und dort über einen Zeitraum von mindestens 10.000 Jahren sicher eingelagert werden. Gasaustritte an die Oberfläche dürfen nie auftreten, da CO2 schwerer als Luft und in einer Konzentration ab drei Prozent gesundheitsschädlich und ab zehn Prozent tödlich ist.

Eine Genehmigung zur kommerziellen Anwendung von Abscheidung und unterirdische Endlagerung von CO2 (Carbon dioxide capture and storage - CCS) ist zum jetzigen Zeitpunkt unseriös und verbaut eine zukunftsfähige Entwicklung der betroffenen Regionen.

Das Vorhaben von Vattenfall führt zu einer Minderung der Lebensqualität in der Region und setzt den Wert von Grundstücken und Gebäuden erheblich herab.

Das Gesetz zur Anwendung von CCS lehnen wir ab, da es den Landkreisen und unseren Gemeinden jeglichen energiepolitischen Handlungsspielraum nimmt.

Wir sprechen uns für den Ausbau einer dezentralen Energieversorgung basierend auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien aus.

Antrag 20	Empfehlung LV:
	Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicher: Harald Mushack, Vorsitzender der Linken Stahnsdorf

Im Programm der Linken fehlen bzw. sind unzureichend die eigenen Leitlinien für die Entwicklungspolitik des Landes Brandenburg enthalten. Wenn die Entwicklung in den so genannten Entwicklungsländern nicht grundlegend gefördert und damit geändert wird, brauchen wir über Bundes- und Landespolitik in wenigen Jahren kaum mehr sprechen.

"Brandenburgs Verfassung beschreibt das Land als Teil "der Einen Welt." Die Landesregierung und nachfolgend der Landtag haben sich mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien Ende der 90er Jahre verpflichtet, im Rahmen der Möglichkeiten eine eigenständige entwicklungspolitische Arbeit – im In- wie im Ausland – zu leisten. Folgerichtig ist Brandenburg im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz – wie die anderen 15 Bundesländer entsprechende entwicklungspolitische Verpflichtungen eingegangen. Damit in Übereinstimmung stehen auch die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung von 1998, die die heutige Landesregierung – nach eigenem Bekunden - weiterhin als Grundlage ihres Handelns betrachtet." (Drucksache 4/5578 Auszug Begründung zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum H A U S H A L T S E N T W U R F 2008 / 2009)

Die Leitlinien für die Entwicklungspolitik des Landes Brandenburg (Beschluss der Fraktion der PDS vom 17. Juni 2004) müssen im Programm des Landes nicht am Ende, sondern im Punkt 2 des Programms enthalten sein.

"Die brandenburgische Entwicklungszusammenarbeit nach außen muss insbesondere zielen auf

- die Sicherung der Grundbedürfnisse menschlichen Lebens (Ernährung, Gesundheit, Bildung, Kleidung, Wohnung);
- den Aufbau und Erhalt demokratischer Formen gesellschaftlicher Organisation als Basis für Hilfe zur Selbsthilfe; die Einhaltung der Menschenrechte und die Stärkung der politischen und kulturellen Selbstbestimmung, die Überwindung rassistischer, fremdenfeindlicher und geschlechtsspezifischer Diskriminierung;
- die Bekämpfung von Armut, Hunger, Analphabetismus, Wassermangel, Krankheiten, Wohnungsnot, sozialer oder infrastruktureller Unterentwicklung, die Erhaltung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Aus- bzw. Aufbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Kompetenz als wichtige Schritte in Richtung einer selbsttragenden Entwicklung;
- humanitäre Hilfsleistungen."

(aus dem Beschluss von 2004)

Das Land Brandenburg soll ein Land in Afrika als Partnerregion festlegen und die anderen Bundesländer auffordern gleiches zu tun. In diesem Land sollten die Kreise Partnerregionen und die Kommunen Partnerstädte und -gemeinden suchen und Partnerschaften gründen. So sind Maßnahmen der Trinkwasserversorgung in den Gebieten, zur Entwicklung von Bildungsmöglichkeiten und zur Unterstützung der Landwirtschaft mit möglichen Agrarimporten nach Deutschland zu entwickeln.

Ich hoffe darauf, dass die Linke *die Chancen der Globalisierung*, wie sie Joseph Stiglitz im seinem Buch "Die Chancen der Globalisierung" *darstellt, programmatisch umsetzt und nach ihren eigenen Leitlinien von 2004 intensiver arbeitet.

Antrag 20.1

Empf. LV:
Empf. RK:

Antrag 20.2

Empf. LV:
Empf. RK:

Antrag 21

**Empfehlung LV:
Empfehlung Redaktionskommission:**

Einreicher: Gerrit Große

Zu 3. Gute Bildung und Kultur für alle- von Anfang an

Seite 21 (Heft), Zeile 920

Noch in dieser Legislatur streben wir für die 3- bis-6-jährigen einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 an. Es wird mit uns einen Stufenplan zur Verbesserung der Leitungsfreistellung und zur Anerkennung der wirklich geleisteten Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher geben.

A 21.1
Empf. LV:
Übernahme
Empf. RK:

Begründung:

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und alle KITA- Initiativen fordern dies.

Seite 21 (Heft) , Zeile 960

...In der nächsten Legislaturperiode gilt es, die Voraussetzungen dafür zu verbessern und erste Schritte auf dem Weg zum gemeinsamen Lernen einzuleiten. *Wir wollen es Schulen ermöglichen, auf freiwilliger Basis über eine Öffnungsklausel im Schulgesetz als Gemeinschaftsschule zu arbeiten.*

A 21.2
Empf. LV:
Übernahme
Empf. RK:

Neues Schlüsselvorhaben:

Die Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen

Begründung:

Im Ergebnis des Dialogs, der Debatte in der Landesarbeitsgemeinschaft Schule und des KF zur Gemeinschaftsschule sollten wir unser „Alleinstellungsmerkmal“ doch deutlicher formulieren.

A 21.3
Empf. LV:
Übernahme
Empf. RK:

Seite 22 (Heft), Zeile 1002

nach ...Schulsozialarbeiterinnen. *Die Lehrerausbildung muss praxisorientierter werden. Wir wollen Lehrkräften ermöglichen, sich auch an den Hochschulen und in der Wirtschaft fortzubilden.*

A 21.4
Empf. LV:
Übernahme
Empf. RK:

Begründung.

Dies ist ein Ergebnis der Verbändegespräche.

Seite 24 (Heft), Zeile 1073/ 1074

Bildungsgänge, die nicht berufsqualifizierend sind oder sich nicht auf berufsqualifizierende Bildungsgänge beziehen, sind abzuschaffen.

Streichen!

Begründung:

Solche Bildungsgänge gibt es nicht

A.21.5
Empf. LV:
Übernahme
Empf. RK:

Antrag 22

Empfehlung LV: Übernahme
Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicher: Thomas Nord

Zeile 112

Einfügen des Wortes „auch“ hinter „also“

Antrag 23

Empfehlung LV: Übernahme
Empfehlung Redaktionskommission:

Einreicher: Thomas Nord

Zeile 1166

Einfügen nach „einleiten wollen:

„Sie sind für uns in jeder Konstellation – on in Opposition oder Regierung – Maßstab für unsere Entscheidungen und unser konkretes Handeln.“

Übersicht aller Anträge, deren Übernahme der Landesvorstand empfiehlt, bzw. die sich durch andere Übernahmen erledigt haben

Info: diese sind im vorliegenden Anstimmungsheft durch Unterstreichung markiert.

Antrag 1 Übernahme
Antrag 2 Übernahme
Antrag 3 Übernahme
Antrag 4.1 = Antrag 19 Teilübernahme
Antrag 4.2 Teilübernahme
Antrag 4.3 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 4.4 Teilübernahme
Antrag 4.5 Übernahme
Antrag 4.6.1 sinngemäße Übernahme
Antrag 4.6.3 Teilübernahme
Antrag 4.6.6 Teilübernahme
Antrag 4.6.7 veränderte Formulierung
Antrag 4.6.8 Übernahme
Antrag 4.6.9 Übernahme
Antrag 4.6.11 Übernahme
Antrag 4.6.14 Übernahme
Antrag 4.6.15 sinngemäße Übernahme
Antrag 4.6.16 sinngemäße Übernahme
Antrag 4.6.19 Übernahme
Antrag 4.6.21 Übernahme
Antrag 4.6.22 sinngemäße Übernahme
Antrag 4.6.23 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 4.7.6 sinngemäß im Programm enthalten
Antrag 4.7.7 hinfällig wegen unklaren Zeilennummern
Antrag 4.7.8 hinfällig wegen unklaren Zeilennummern
Antrag 5 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 6 Übernahme
Antrag 7.2 Teilübernahme
Antrag 8 Übernahme
Antrag 9 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 10 Teilübernahme
Antrag 11 hinfällig durch Übernahme von Antrag 10
Antrag 12.2 bis 12.5 Übernahme
Antrag 13 Übernahme
Antrag 14.1 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 15 Übernahme
Antrag 16.1 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 16.2 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 16.3 Übernahme
Antrag 16.5 hinfällig durch Übernahme 17.9
Antrag 16.6 Übernahme
Antrag 16.7 erledigt durch Übernahme 16.6

Antrag 17.1 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 17.2 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 17.3 sinngemäße Übernahme
Antrag 17.4 Übernahme mit Neuformulierung
Antrag 17.5 Übernahme
Antrag 17.6 Übernahme
Antrag 17.7 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 17.8 hinfällig durch Neuformulierung
Antrag 17.9 Übernahme
Antrag 19 = Antrag 4.1 Teilübernahme
Antrag 21 Übernahme
Antrag 22 Übernahme
Antrag 23 Übernahme

Zurückgezogene Anträge

Antrag 4.6.2
Antrag 4.6.4
Antrag 4.6.5
Antrag 4.6.10
Antrag 4.6.12
Antrag 4.6.13
Antrag 4.6.17
Antrag 4.6 18
Antrag 4.6.20
Antrag 4.6.24
Antrag 4.6.25
Antrag 4.7.1
Antrag 4.7 .3
Antrag 4.7.4
Antrag 4.7.5
Antrag 4.7.9
Antrag 4.7.11
Antrag 12.1
Antrag 18

Übersicht aller noch offenen Anträge

Antrag 7.1 Profitwirtschaft Grenzen setzen
Antrag 14.2 Regierungsverantwortung
Antrag 16.4 Braunkohle 2040
Antrag 16.8 Kennzeichnungspflicht
Antrag 16.9 Haushalt
Antrag 20 Entwicklungspolitik

Weitere Anträge:

Initiativantrag des Landesvorstandes und der Spitzenkandidatinnen Kerstin Kaiser und Dagmar Enkelmann

Wahlaufruf

Konsequent sozial: für Demokratie und Frieden.

DIE LINKE im Land Brandenburg hat bei den jüngsten Wahlen ihre starke Stellung behauptet. Mit den Kommunalwahlen 2008 kamen wir auf Augenhöhe mit der SPD. Wir blieben stärkste Partei im Land, auch bei der für die LINKE schwierigen Europawahl im Juni. Jetzt geht es um den 27. September.

Zum ersten Mal stellt sich die neu gegründete LINKE auf Landes- und Bundesebene dem Votum der Wählerinnen und Wähler. Dass sie ihr Vertrauen und ihre Stimme geben, ist keine Selbstverständlichkeit. Das wissen wir. Die Wählerinnen und Wähler werden sich uns in dem Maße zuwenden, wie wir das ihnen gegenüber tun – im alltäglichen Leben, bei der Bewältigung der Krise und erst recht im Wahlkampf.

In den kommenden Wochen und Monaten wollen wir deutlich machen, wofür **DIE LINKE steht:**

Für soziale Gerechtigkeit

Wir wollen einen „Schutzschirm für Menschen“, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Familien, Studenten, Rentnerinnen und Rentner, für kleine und mittlere Unternehmen und für die Sozialversicherungen. Wer im Boom kräftig Gewinne geschöpft hat, muss jetzt zur Kasse gebeten werden. Deshalb wollen wir u. a. die Wiedereinführung der Vermögens- und Börsenumsatzsteuer, eine gerechte Erbschaftssteuer sowie einen erhöhten Spitzensteuersatz.

Für gute Arbeit und menschenwürdige Löhne

Wir wollen schnell einen gesetzlich garantierten Mindestlohn nach französischem Vorbild einführen, der in vier Jahren auf 10 Euro steigen soll. Wir wollen gleiche Löhne in Ost und West und gleiche Verdienste für Frauen und Männer. Wir wollen Erwerbslosen, insbesondere Langzeitarbeitslosen, berufliche Perspektiven schaffen. Wir setzen dabei nicht auf Ein-Euro-Jobs oder Billig-Bürgerarbeit, sondern in Brandenburg z. B. auf 15 000 neue Stellen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Wir setzen uns für ein Landesvergabegesetz ein, damit der Zuschlag bei öffentlichen Aufträgen an tarifliche und soziale Mindeststandards gebunden wird.

Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen stabilisieren und stark machen. Wir wollen jenen helfen, die Firmen gründen.

Dabei geht es um Kredite und Fördermittel und um die Einleitung eines sozial-ökologischen Strukturwandels. Gerade in Brandenburg setzen wir auf Erneuerbare Energien und Renaturierung von Militärbrachen. Mit einem „Aktionsbündnis für Brandenburger Qualitätsprodukte“ wollen wir Berlin für Agrarprodukte aus der Region erschließen.

**Für Linderung und Überwindung von Armut. Für menschenwürdige, gerechte Renten.
Für bezahlbare Lebensumstände im Lande. Hartz IV muss weg.**

Es geht um ein sicheres Auskommen von Familien und Alleinstehenden, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Wir unterstützen die von Gewerkschaften und Sozialverbänden im „Bündnis Soziales Deutschland“ erhobene Forderung nach einer sofortigen Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes. In der nächsten Wahlperiode soll er auf 500 Euro erhöht werden. Wir wollen eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder einführen. Die Rente ab 67 gehört abgeschafft! Das Brandenburger Sozialticket soll für alle Bezieher von ALG II und ähnlich niedrige Einkommen auch in Berlin gelten.

Für gute Bildung für alle – von Anfang an. Für beste individuelle Förderung.

Bund und Länder müssen gemeinsam mehr Geld für Bildung bereitstellen – mindestens 18 Milliarden Euro jährlich. In Brandenburg darf keine Schulklasse über 24 Schülerinnen und Schüler haben. Kitas brauchen einen deutlich besseren Betreuungsschlüssel. Wir bestehen auf Schülerbeförderung ohne Elternbeiträge.

Für ein Ostdeutschland, das sich selbstbewusst von einer Transfer- zu einer Zukunftsregion entwickelt.

Wir beharren auf gleichwertigen Lebensverhältnissen – bundesweit und in allen Regionen. Deswegen darf es kein „Weiter so“ in Ostdeutschland geben. Brandenburg braucht lebensfähige Städte, Dörfer und Landkreise und eine funktionierende Nachbarschaft mit Polen. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist vom Land zu gewährleisten – unter Mitentscheidung der Regionen selbst, mit klaren Kompetenzen und nötigen Finanzen ausgestattet. Dazu gehört auch ein Gesundheitssystem, das jeden Menschen, ob in der Stadt oder auf dem Dorf, schnell und gut medizinisch versorgt.

Für lebendige Demokratie, einen starken Rechtsstaat und gelebte Toleranz.

Wir wollen auf Bundesebene Volksinitiativen, -begehren und -entscheide durchsetzen und diese auf Landesebene erleichtern. Junge Menschen können und sollen früher mitentscheiden – indem sie ab 16 wählen können, Jugendparlamente eingerichtet und mit praktischem Einfluss ausgestattet werden. In Brandenburg wollen wir die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht stärken.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir haben gute Gründe, selbstbewusst in die kommenden Wahlauseinandersetzungen zu gehen. DIE LINKE ist aus dem Widerstand gegen Hartz IV, aus den bundesweiten Kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit entstanden. Sie kann sich auf viele Bürgerinnen und Bürger stützen, die eine solidarische Bundesrepublik und ein solidarisches Brandenburg wollen. DIE LINKE setzt sich hohe Ziele – und steht zugleich auf dem Boden der Realität. DIE LINKE hat klare, sozial gerechte und finanzierbare Alternativen zur Politik der Großen Koalitionen, wie sie im Bundestag und im Landtag Brandenburg regieren. Für diese Alternativen wollen wir als Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag gemeinsam mit Euch kämpfen!